

Anschrift
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Einbürgerung unter Auflage

Sehr geehrte/r.....

ich freue mich, Ihnen mitteilen zu dürfen, dass Ihrem Einbürgerungsantrag entsprochen wird. Die Einbürgerung, die durch Aushändigung der Einbürgerungsurkunde/n erfolgt, muss ich allerdings nach § 36 Abs. 1, 2. Alternative des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG) in der zurzeit geltenden Fassung mit der Auflage verbinden, den Verlust der Staatsangehörigkeit nach den folgenden Maßgaben herbeizuführen:

- Sie werden verpflichtet, bei Ihrer zuständigen Auslandsvertretung unter Vorlage der Einbürgerungsurkunde unverzüglich sämtliche Handlungen vorzunehmen und Erklärungen abzugeben, die nach dem Staatsangehörigkeits- und Verfahrensrecht Ihres Heimatstaates erforderlich sind, um die Staatsangehörigkeit zu verlieren. Das von Ihnen Veranlasste ist mir unverzüglich, **spätestens Monate nach Aushändigung der Einbürgerungsurkunde** schriftlich mit geeigneten Unterlagen nachzuweisen.
- Das nach dem Recht Ihres Heimatstaates erforderliche Verfahren ist ernsthaft und nachhaltig zu betreiben. Dies haben Sie durch regelmäßige Sachstandsanfragen zu belegen. Sollten hierbei Schwierigkeiten auftreten, sind Sie verpflichtet, mich hiervon unverzüglich zu unterrichten und mir die näheren Umstände mitzuteilen.
- Sie sind gegebenenfalls verpflichtet, mich zu ermächtigen, die mit dem Verlust Ihrer Staatsangehörigkeit zusammenhängenden Fragen unmittelbar mit Ihrer/deren Auslandsvertretung zu erörtern.
- Der Ausgang des Verfahrens ist mir unverzüglich, spätestens jedoch innerhalbnach Aushändigung der Einbürgerungsurkunde unter Vorlage geeigneter Unterlagen schriftlich nachzuweisen; die Festsetzung einer Nachfrist behalte ich mir vor.

Für den Fall, dass Sie dieser Auflage ganz oder teilweise nicht nachkommen, weise ich darauf hin, dass die Ihnen auferlegte Verpflichtung durch die Festsetzung von Zwangsgeld, durchgesetzt werden kann. Bitte verstehen Sie diesen Hinweis als eine rein vorsorgliche Information. Ich gehe zuversichtlich davon aus, dass Sie die Auflage erfüllen werden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht erhoben werden. Die Klage ist schriftlich oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erheben. Sie kann auch mittels eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe des § 55a Abs. 2 bis 4 der Verwaltungsgerichtsordnung und dem Kapitel 2 der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Anlage: Einbürgerungsurkunde/n

Empfangsbestätigung

Ich bestätige den Empfang des Originals dieses Schreibens einschließlich der Einbürgerungsurkunde/n.

Ort, Datum

Unterschrift

Aushändigungsvermerk

Das Original dieses Schreibens einschließlich der Einbürgerungsurkunde/n habe ich dem/der/den Einbürgerungsbewerber/in/n heute ausgehändigt.

Ort, Datum

Unterschrift
